



GEWERKSCHAFTEN - IHRE BEDEUTUNG GESTERN UND HEUTE

In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts begannen in Deutschland umwälzende Veränderungen. Durch den Industriekapitalismus wurde die Gesellschaft von Handwerkern, Bauern und Adel immer stärker durchsetzt von einer neuen Klasse, dem industriellen Proletariat. Bis dahin bestritten die Menschen ihr Dasein vor allem als Bauern, Landarbeiter und Handwerker. Das Leben der Menschen war arm und in Jahren, in denen die Ernten misslich waren, gab es Hungersnöte. Dennoch, die Verhältnisse, in denen sie lebten, waren relativ stabil.

GESCHICHTLICHER RÜCKBLICK

Vor allem in Folge der Julirevolution 1830 in Frankreich kam es auch in Deutschland zu Protesten der ländlichen Bevölkerung und schließlich zur Befreiung der Bauern von den feudalen Lasten (allerdings gegen Bezahlung). Etwa zur gleichen Zeit wurde die Gewerbefreiheit eingeführt, der deutsche Zollverein gegründet und in den Jahren bis ca. 1850 wurde das 1. Eisenbahnnetz ausgebaut – das waren wichtige Voraussetzungen für die Industrialisierung.

Die neue Freiheit der Bauern stellte sich jedoch rasch als Trugschluss heraus: Vorteile aus der geleisteten Arbeit zogen nur die Großgrundbesitzer. So entstand ein ländliches Proletariat, das aber zum großen Teil sehr bald in die Industriegebiete zog, weil dort der Verdienst höher war.

Ähnliche Auswirkungen hatte die Gewerbefreiheit auch im Handwerk. Durch die Aufhebung des strengen Zunftzwangs

stieg die Zahl der selbstständigen Handwerker zunächst stark an. In manchen Zweigen war bald ein Überangebot erreicht.

Die Handwerker konnten sich jedoch gegenüber der Konkurrenz der schnell wachsenden Industrie nicht behaupten. Immer mehr Menschen fühlten, dass ihre Existenz bedroht war und zogen in die Regionen mit Industriebetrieben, wo sie sich ein regelmäßiges Einkommen und Unabhängigkeit erhofften.

OHNE RECHTE

Mitte des 19. Jahrhunderts standen bereits 1 Million Menschen in abhängiger Lohnarbeit in den Fabriken, ohne überhaupt nur den geringsten Einfluss auf die Verhältnisse zu haben, in denen sie arbeiteten. Sie mussten sich den Arbeits- und Lohnbedingungen der Unternehmer absolut unterwerfen und ihr Arbeitsplatz war durch die steigende Zahl der arbeitssuchenden Menschen permanent gefährdet. Die Primitivität und Brutalität frühkapitalistische

Arbeitsbedingungen zeigte sich deutlich:

- Frauen und Kinder – i. d. R. ab dem 9. Lebensjahr, aber oft auch früher – arbeiteten täglich bis zu 16 Stunden für den halben Lohn eines Erwachsenen;
- Arbeitsschutz fehlte ganz, die Folge: eine hohe Zahl von tödlichen Unfällen;
- extrem niedrige Stundenlöhne, viele Menschen starben an Unterernährung;
- es gab keine staatliche Sozialhilfe, keine Arbeitslosenhilfe, nur eine freiwillige Armenhilfe;
- für alte, kranke oder invalide Arbeiter gab es keine geregelte staatliche Unterstützung;
- LohnarbeiterInnen waren rechtlos;
- Bildung für LohnarbeiterInnen gab es nicht.

ERSTE STREIKS UND ZUSAMMENSCHLÜSSE

Die ersten spontanen Reaktionen von Lohnarbeitern auf ihre Verelendung richteten sich ge-

gen die Maschinen, die sie die „schwarzen Teufel“ nannten. Bald aber kämpfte ein aktiver Kern gegen die Auswirkungen der neuen Gesellschaft mit ihren ungerechten Produktions- und Besitzverhältnissen. Allmählich erkannten die Arbeiter, dass sie nur durch einen solidarischen Zusammenschluss und durch eine kollektive Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen ihre gemeinsame Lage und damit auch die des Einzelnen bessern konnten.

- ✓ 1840 streikten die Maurergesellen in den Hansestädten und die Buchdrucker in Leipzig.
- ✓ Die Buchdrucker forderten einen Tarifvertrag mit kollektiver Regelung der Löhne und Arbeitsbedingungen. Es sollte noch 23 Jahre dauern, bis es ihn dann 1873 gab, einheitlich im ganzen deutschen Reich.

Bereits damals wurden Löhne und Arbeitsbedingungen festgelegt. Wir kennen diese Unterscheidung heute durch die Trennung des Tarifvertrags in Gehalts- und Manteltarifvertrag. 1848 gründeten Arbeiter schließlich Selbsthilfeorganisationen. Ihre ersten gewerkschaftlichen Forderungen bezogen sich auf:

- ✓ Mindestlöhne,
- ✓ staatliche Arbeitslosenunterstützung und
- ✓ die Organisation der Arbeitsvermittlung durch lokale Gewerkschaftsverbände.

Nach dem Ende der Revolution 1848/49 wurden gewerkschaft-

liche Vereinigungen jedoch wieder verboten.

BILDUNG IST NOTWENDIG

Auch heute ist ein bestimmter Grad an Bildung Voraussetzung dafür, im gesellschaftlichen Leben handlungsfähig zu sein. Bis zu jener Zeit hatten Arbeiter aber kein Recht auf Bildung, ihnen wurde auch kein Wahlrecht eingeräumt. Um 1860 war es z.B. Ferdinand Lassalle, ein arbeiterfreundlicher Demokrat aus einer höheren sozialen Schicht, der sich für das Recht auf „politische“ Bildung einsetzte. Er hoffte, die Emanzipation der Arbeiterklasse vor allem durch die Gründung einer zentralistischen, politischen Arbeiterbewegung voranzutreiben. Als wichtigstes Ziel forderte er das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

WEITERE ARBEITSKÄMPFE

In den folgenden Jahren schritt die industrielle Ausweitung immer weiter fort, der Ausbau des preußischen Eisenbahnnetzes spielte dabei eine große Rolle. Staat und Unternehmer mussten dem Druck der Arbeiter nachgeben und konnten ihnen das Recht, sich zu Vereinigungen zusammenzuschließen, nicht mehr verwehren. Zwischen 1878 und 1890 versuchte Bismarck mit seiner Politik von Zuckerbrot (1881 Beginn der modernen Sozialgesetzgebung in Deutschland, 1883 Krankenversicherungs-, 1884 Unfallversicherungs- und 1891 ein Gesetz zur Alters- und Invalidenversicherung mit Renten-

anspruch ab 70 Jahren) und Peitsche (Sozialistengesetz: Verbot von mehr als 300 Vereinen, darunter auch viele Gewerkschaften) dieser Entwicklung zu begegnen.

Der Kampf gegen die Gewerkschaften setzte sich auch in den folgenden Jahren fort. 1890 forderten die sozialistischen Parteien der europäischen Länder alle Arbeiter auf, von nun an den 1. Mai als internationalen Demonstrationstag zu begehen und an diesem Tag die Arbeit niederzulegen. Diesem Aufruf folgten in Deutschland als erste die Hamburger Arbeiter und forderten „damit verbunden den 8-Stunden-Tag“. Die Folge war eine Machtprobe der Unternehmer. Sie nutzen eine heraufziehende Konjunkturkrise als Argument und sperrten Arbeiter monatelang aus.

Arbeiter aus ganz Deutschland unterstützten die Hamburger Arbeiter nun solidarisch. Daraus resultierend kam es bei den vielen Einzelgewerkschaften zu einer „zentralistischen Organisationsform“, die wir heute als Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) kennen. 1904 bildeten die Industrieunternehmer als Gegengewicht zentrale Organe und 1913 die „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ (heute Bund Deutscher Arbeitgeber, BDA). Sie standen nun dem Block der freien Gewerkschaften gegenüber, der über 5000 Tarifverträge für rund 1 Million Beschäftigte abschließen konnte. Die Gewerkschaften zählten zu diesem Zeitpunkt über 13 Millionen Mitglieder.

GEWERKSCHAFTEN HEUTE

Heute hören wir Worte wie Wissensgesellschaft, Informations- und Kommunikationstechnologie, Globalisierung...

Sind Gewerkschaften in dieser Zeit immer noch wichtig? Angesichts des Mitgliederschwundes könnte man meinen, nein. Aber so einfach ist es nicht.

Die Geschichte der Gewerkschaften ist in ihrem Kern eine Geschichte der Arbeiterbewegung, nicht der Angestellten. Ein Grund für den Mitgliederschwund liegt in der Verschiebung unseres Arbeitsmarktes vom Produktions- zum Dienstleistungssektor. Denn dadurch gibt es immer weniger gut organisierte Arbeiter und mehr und mehr nicht organisierte Angestellte. Oder krass formuliert: Für die Arbeiter ist es selbstverständlich geworden, um ihre Arbeitsrechte zu kämpfen und sich einzumischen, wo soziale Ungerechtigkeit entsteht. Die meisten Angestellten hielten es dagegen schon immer nicht für notwendig, einer Gewerkschaft oder einer Arbeitnehmervertretung anzugehören. Heute scheint der Organisationsgrad der Angestellten in Deutschland geringer denn je und das bedeutet, Angestellte in Dienstleistungsbetrieben sind zum großen Teil eine unorganisierte Masse.

BASIS FÜR HEUTIGE ARBEITSGESETZE

Noch vor einigen Jahrzehnten haben Angestellte recht gern auf Arbeiter hinabgeschaut. Dabei ist vieles von dem, was

Arbeiter als Gewerkschaftsmitglieder erkämpft haben und was dann in Gehalts- und Manteltarifverträgen festgeschrieben wurde, in Gesetze, die so genannten Arbeitsgesetze, gegossen worden. Das musste der Gesetzgeber tun, um im Staat für eine gewisse Ruhe zu sorgen. Denn während Arbeiter in ihren Tarifverträgen einen Mindesturlaub festgeschrieben hatten, existierten für Angestellte keine ähnlichen Regelungen - auch nicht der inzwischen im Bundesurlaubsgesetz festgeschriebene Mindesturlaub! Auf diese Weise sind viele hart erkämpfte wirtschaftliche und soziale Errungenschaften in Arbeitsgesetzen verankert worden, von denen heute jede/r arbeitende BürgerIn profitiert.

Dazu gehören:

- ✓ Staatliche Arbeitslosenunterstützung
- ✓ Staatliche Arbeitsvermittlung
- ✓ Arbeitszeitgesetz
- ✓ Arbeitsschutzgesetz
- ✓ Lohnfortzahlungsgesetz
- ✓ Bundesurlaubsgesetz
- ✓ Gesetzliche Krankenversicherung
- ✓ Altersabsicherung in unserer heutigen Form
- ✓ Politische und allgemeine Bildung für Arbeitnehmer
- ✓ Berufsbildungsgesetz (1969 in Kraft getreten, regelt z. B. auch die Rechte und Pflichten von Auszubildenden / Arbeitnehmerstatus und Auszubildenden/ Arbeitgeberstatus)
- ✓ Tarifverträge

NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH

Doch selbstverständlich ist das nicht. Das beste Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit war ein Gesetz der CDU/FDP-Regierung, das die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ab dem 1.10.1996 auf 80 Prozent des Gehalts reduzierte. Die Globalisierung und die dadurch verschärfte Konkurrenzsituation der Unternehmen dienten als willkommener Vorwand. Das Gesetz war allerdings u.a. dank der Festschreibung in vielen Manteltarifverträgen schwer durchsetzbar. Eine der ersten Regierungshandlungen der Koalition von SPD und Grünen war es dann auch, die Kürzung zu Beginn des Jahres 1999 wieder zurückzunehmen. Seither ist diese Regelung im Entgeltfortzahlungsgesetz festgeschrieben. Ganz sicher wird das aber nicht der einzige Versuch bleiben, an weiteren Arbeitsgesetzen zu sägen. Und ohne den Einsatz der Gewerkschaften würden einige Gesetze wohl sang- und klanglos wieder verschwinden.

PRODUKTIONSSTÄTTEN DER GEGENWART

Die Entwicklung vom Produktions- zum Dienstleistungssektor bringt unweigerlich die Frage mit sich: Wo sind die Produktionsstätten mit ihren Arbeitern geblieben, die uns in den vergangenen 200 Jahren so vieles erkämpft haben?

Sie sind z.B. in der so genannten dritten Welt und dort:

- arbeiten Männer, Frauen und Kinder – i. d. R. ab dem 9. Lebensjahr, aber oft auch früher – täglich bis zu 16 Stunden für Hungerlöhne;
- müssen Kinder für Großgrundbesitzer und Fabrikanten schwerste Arbeiten verrichten; 7- bis 14-Jährige arbeiten in Kohlegruben und steigen in solch enge Stollen ein, in die kein Erwachsener mehr hineinkommt;
- arbeiten Kinder in der Landwirtschaft Brasiliens in Form von Schuldknechtschaft in sklavenähnlichen Verhältnissen;
- sind die Arbeitsschutzmaßnahmen absolut ungenügend und führen zu tödlichen Unfällen;
- liegen die Stundenlöhne oft unter dem Existenzminimum;

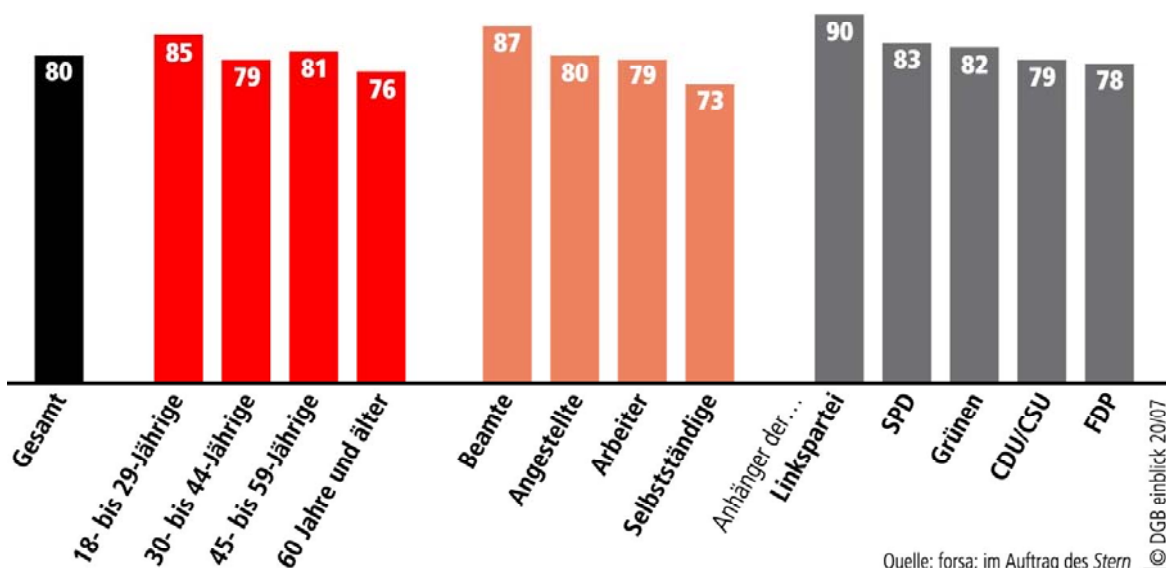
- gibt es kaum staatliche Sozialhilfe und schon gar keine Arbeitslosenhilfe; für alte, kranke oder invalide Arbeiter gibt es keine geregelte staatliche Unterstützung;
- haben die ArbeitnehmerInnen kein Recht auf Bildung...

Internationale Zusammenarbeit ist deshalb ein ganz wichtiger Aspekt gewerkschaftlichen Wirkens. Inzwischen gibt es zwar schon vereinbarte Sozialstandards und Verhaltensmaßregeln für „Globalunternehmen“ zur weltweiten Verbesserung der sozialen Lage der arbeitenden Menschen. Diese zu erfüllen beruht allerdings auf Freiwilligkeit der weltweit operierenden Unternehmen und in der Realität werden fundamentale Arbeitsrechte regelmäßig verletzt.

GEWERKSCHAFTSRECHTE WERDEN VERLETZT

Sogar aktives gewerkschaftliches Engagement wird in vielen Ländern der Welt politisch verfolgt und ist oft mit Gefahren für Leib und Leben verbunden: „Im Jahr 2004 wurden in 137 Staaten Gewerkschaftsrechte verletzt und weltweit 145 Gewerkschaftler getötet, weit über 1000 verletzt oder verhaftet. Zwangsarbeit existiert noch in verschiedenen Ländern. Durch Kinderarbeit werden nach Ermittlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über 200 Millionen Kinder unter 15 Jahren ausgebeutet, davon über 70 Prozent in der Landwirtschaft und zwei Drittel mit gefährlichen Tätigkeiten. Diskriminierungen, auch im Arbeitsalltag, erfolgen in vielen Ländern auf Grund von Zugehörigkeit zu Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Hautfarbe, Nationalität und politischer Meinung.“ (Quelle: verdi)

Anteil der Bundesbürger, die der Meinung sind, dass „wir auch heute noch Gewerkschaften als Interessenvertreter von Arbeitnehmern brauchen“ (in Prozent)



INS BEWUSSTSEIN RUFEN

Aber auch im Inland gilt: Die Arbeitsrechte eines jeden abhängig Beschäftigten in unseren heutigen demokratischen Verhältnissen sind gegen die Willkür von Großgrundbesitzern und Unternehmern geschichtlich errungen worden.

Sie müssen, um verantwortungsvoll erhalten und weiterentwickelt zu werden, fortwährend ins Bewusstsein der Menschen gerufen werden.

Eine besondere Aufgabe gewerkschaftlicher Arbeit heute liegt deshalb auch darin, ihre derzeitigen und künftigen Mitglieder darüber aufzuklären, dass sie nicht in einer Welt von fertigen Einrichtungen, Dingen und Daten leben. Vielmehr sind es natürliche und gesellschaftliche und darin sachlich-technische Prozesse, die durchschaut werden müssen. Denn sie haben nachhaltige und differenzierte Auswirkungen auf den Einzelnen; seine tägliche Arbeit hat sich so sehr verdichtet, dass er nicht nur körperlich, sondern auch psychisch und geistig stark gefordert (oft auch überfordert) wird.

GLOBALE ZUSAMMENHÄNGE

Der verschärfte globale Konkurrenzdruck bleibt also nicht ohne Folgen auf den einzelnen Arbeitnehmer:

- Eine neue Qualifikation, die er zur Ausübung seiner Tätigkeit benötigt und mit Anstrengung neben der täglichen Arbeit gerade erwor-

ben hat, wird schnell wieder wertlos.

- Die Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien verlangen ihm ab, sich auch in diesem Bereich auf Stand zu halten.
- Die Forderung nach hoher Flexibilität und Mobilität bewirkt noch zusätzlich das Gefühl, niemals im Leben irgendwo Wurzeln schlagen zu können.
- Aufgrund der großen Unsicherheit des Berufstätigen, den Arbeitsplatz langfristig behalten zu können, verabschiedet er sich nicht selten von den Wünschen, eine Familie zu gründen. Die hohe Mobilität unserer Gesellschaft verursacht nicht selten Schwierigkeiten in Familie und Partnerschaft.

GESELLSCHAFTLICHER UMBRUCH

Wir erleben seit den letzten dreißig Jahren eine grundlegende Veränderung der Industriegesellschaft, die sich in eine global operierende Technik-, Informations-, Kommunikations- und Wissensgesellschaft erweitert hat. Durch die fortschreitende Privatisierung und Ausdifferenzierung von Produktion hat sich das Kapital von den Sachen gelöst und dreht sich in Sekundenschnelle um den Globus. Die Supermacht Börse lässt Aktien vor allem dann im Wert schnell steigen, wenn im Unternehmen rasch rationalisiert wird bzw. Menschen entlassen werden. Meist freut sich der eine, wenn seine Aktie im

Wert gestiegen ist, gleichzeitig ist der Nachbar arbeitslos geworden, obwohl er eine hochqualifizierte Fachkraft ist und im Betrieb kaum einen Tag fehlte. Das internationale Kapital wirkt in letzter Konsequenz aggressiv, verzerrt in den demokratischen Gesellschaften das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmensinteressen und ordnungstrebender Politik und letztendlich ersetzt es zwischenmenschliche Beziehungen - nicht nur am Arbeitsplatz - durch Sachen.

Humane Beziehungslosigkeit, Stress, Unsicherheit und Angst aber machen krank. Psychosomatische Erkrankungen sind oft die Folge: Herz-Kreislaufstörungen, Rücken- und Magenbeschwerden oder dauernde Erschöpfungszustände.

GESUNDHEITSBERUFE IN DEUTSCHLAND

Erwerbstätige, die in Gesundheitsberufen arbeiten, fahren kaum monetäre Gewinne ein, kosten Staat, Bürger und Unternehmen aber Geld. In den allermeisten Berufen dieser Branche wurde (leider) schon immer weniger verdient als in gewinnbringenden Wirtschaftszweigen. Zudem wirkt sich die rasche Veränderung in Wirtschaft und Gesellschaft indirekt auf das Gesundheits- und Sozialwesen aus. Um auf dem Weltmarkt zu bestehen, sind Lohnnebenkosten in Deutschland zu hoch, z.B. auch die Krankenkassenbeiträge. So sollen u.a. Fallpauschalen, Honorarverteilungsmaßstäbe und

Budgetierung sowie Leistungskürzungen bei den Versicherten die Finanzierung des Gesundheitswesens aufrecht erhalten. Das hat natürlich verstärkte Auswirkungen auf Gehälter und Arbeitsbedingungen in medizinischen Fachberufen. Denn bei ohnehin schon niedrigen Gehältern können die in dieser Branche Beschäftigten weniger gut damit fertig werden, wenn im Krankheitsfall privat zu finanzierende Gesundheitskosten anfallen, die Rentenhöhe sinkt, Energiekosten steigen, die Mehrwertsteuer angehoben wird und es seit Jahren Reallohnneinbußen gibt.

WEITERENTWICKLUNG **IST WICHTIG**

Welche Bedeutung haben Gewerkschaften, hat der Verband medizinischer Fachberufe heute? Gerade dann, wenn ein gesellschaftlicher Umbruch im wirtschaftlichen globalen Zusammenhang steht und die ökonomischen Interessen so

sehr in den Vordergrund treten, sind es meistens die Gewerkschaften, die den Menschen in Zeiten zunehmender Unsicherheit und sozialer Ungleichheit eine Stimme geben. Sie ermöglichen es, dem unorganisierten Einzelnen, der den Veränderungen oft ohnmächtig gegenübersteht, sich zu organisieren. Was aber, wenn das Gegenteil passiert und immer mehr Menschen meinen, sich nicht organisieren zu müssen? Gewerkschaften sind nicht staatsfinanziert, sondern auf Mitgliedsbeiträge angewiesen, um weiterhin nachhaltig wirken zu können: nicht nur für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, sondern primär auch für den Erhalt qualifizierter Bildung und Berufsbildung. Denn für die neue Generation ist vor allem Bildung - i.Ü. auch politische Bildung - das Rüstzeug, das zu einem existenzsichernden Leben und zu verantwortungsvollem gesellschaftlichen Handeln verhelfen kann. Chancen-

gleichheit und soziale Gerechtigkeit müssen demokratisch erstritten und praktiziert werden - heute nicht mehr nur für ArbeitnehmerInnen, sondern auch für freiberuflich Tätige oder KleinstunternehmerInnen. Gewerkschaften und Berufsverbände werden sich weiter entwickeln müssen und vielleicht werden aus ihnen irgendwann andere Einrichtungen hervorgehen, aber sterben dürfen sie bis dahin nicht!

Karin Becker-Oevermann
(staatl. gepr. Betriebswirtin,
ehem. 2. Vorsitzende
des geschäftsführenden
Vorstandes)

LITERATURANGABEN:

Die Deutsche Gewerkschaftsbewegung, Hans Limmer, 13. Auflage, Olzog Verlag, München;
Taschenbuch für Ausbilder, Helmut Bigalke, 5. Auflage, Sauer-Verlag, Heidelberg

Herausgeber:
Verband medizinischer Fachberufe e.V.
Gesundheitscampus-Süd 33
44801 Bochum



**Verband medizinischer
Fachberufe e.V.**

**Informationen über den
Verband medizinischer Fachberufe e.V.
erhalten Sie hier:**

www.vmf-online.de, info@vmf-online.de

Tel: 0234/777 28-0, Fax: 0234/777 28-200